

Sehr geehrte politisch verantwortliche Damen und Herrn!

Seit beinahe 30 Jahren arbeite ich in einer Sonderschule bzw. einem Zentrum für Inklusiv- und Sonderpädagogik und maße mir Kompetenz und Erfahrung in diesem Bereich an.

Es fällt mir schwer zu glauben, dass die im Gesetzesentwurf zitierten „autonomen“ Schulen den SchülerInnen in Zukunft bessere Rahmenbedingungen für das Erreichen eines Bildungszieles anbieten als das derzeit der Fall ist, wenn in der Folge primär die Neuorganisation der Verwaltung, die Einsparung von mehr als 300 LehrerInnendienstposten und der Einsatz von pädagogischen AssistentInnen anstatt von LehrerInnen thematisiert wird.

Autonomie ist für mich nicht erkennbar, wenn Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik verschwinden sollen, wenn die Zuerkennung des Sonderpädagogischen Förderbedarfs und für Schulcluster die Zuteilung der Personalressourcen zentral von der Bildungsdirektion gesteuert wird.

Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik sind zweckmäßig ausgestattete **Spezialschulen** für SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen, in denen Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, die aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Engagements und unterschiedlicher Zusatz-Qualifikationen Kindern z. B. mit Seh-, Hör-, Körper- oder Mehrfachbehinderung, Autismusspektrumstörung, Stoffwechselerkrankungen, massiven sozial-emotionalen Defiziten oder psychiatrischen Erkrankungen einen optimale Rahmen für Bildung und spezielle Förderung bieten. Niemand muss ein ZIS besuchen: Kinder kommen freiwillig, Eltern melden ihre Kinder freiwillig dort an, weil sie die gebotene Qualität spezieller sonderpädagogischer Betreuungsstrukturen außerhalb der Regelschulen erkennen, schätzen und zum Wohl ihres Kindes nutzen wollen.

Eine generelle Abschaffung der Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik und die damit verbundene umfassende Inklusion aller Kinder mit Behinderung in die Regelschule ist ohne die derzeitigen personellen und räumlichen Ressourcen nicht realistisch. Sie bedeutete eine **Vernachlässigung** der Kinder mit besonderen

Bedürfnissen, eine **Überforderung** für LehrerInnen und pädagogisches Assistenzpersonal und hätte zweifellos kaum wieder gut zu machende, **negative Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts**. Der dadurch entstehende ideelle und materielle **Schaden** würde in der Folge die kurzfristig eingesparten Beträge weit übersteigen und die Gesellschaft nachteilig verändern.

In Wien ist das **Verfahren für die Zuerkennung des sonderpädagogischen Förderbedarfs** vereinheitlicht und weitgehend standardisiert. Niemand bekommt ihn willkürlich: **Zahlreiche ExpertInnen** aus den Bereichen Medizin, Psychologie und Pädagogik begutachten in den Regionen die Kinder mit besonderen Bedürfnissen, um festzustellen, ob sonderpädagogischer Förderbedarf und damit Anspruch auf außergewöhnliche individuelle Fördermaßnahmen besteht.

Es ist unverantwortlich, in Zukunft diese professionellen und bewährten Strukturen abschaffen zu wollen und das dann „effizientere Gestaltung der SPF-Verfahren“ zu nennen – mit der gleichzeitigen Erwartung, die Zahl der SchülerInnen mit SPF werde in den nächsten Jahren österreichweit um 1000 sinken, wodurch man über 300 LehrerInnendienstposten einsparen könnte ...

Dieses Schulautonomiepaket scheint primär eine Verwaltungsreform und ein Sparpaket auf Kosten vieler Kinder zu sein, die kaum eine Lobby haben.

Bitte, überdenken Sie diese Gesetzesvorlage gründlich und beziehen Sie bei deren Überarbeitung Menschen mit ein, die praktische Erfahrungen in diesen sensiblen Bereichen haben. Schule ist mit ihren Angeboten den Kindern und Jugendlichen verpflichtet. Sie ALLE haben ein Menschen-Recht auf adäquate und bestmögliche Bildung!

Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik müssen daher weiter als eigenständige Schulen existieren und mit den bereits bestens bewährten Strukturen arbeiten dürfen!

Mit erwartungsvollen Grüßen

Christine Pauxberger

